

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 83. Für unversandt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Belegpreis: 20 Pf. ...

Belegpreis: 20 Pf. ...

Nr. 243

Donnerstag, den 17. Oktober 1918

13. Jahrgang

Der bayrische Ministerpräsident gegen einen Unterwerfungsfrieden.

Eine bedeutende Rede des bayrischen Ministerpräsidenten.

Die Einleitungsworte.

In der gestrigen Eröffnungssitzung der außerordentlichen Tagung der bayrischen Kammer gab Ministerpräsident v. Dandl längere Erklärungen über die äußere und innere Lage ab. Er betonte dabei den Charakter des Kampfes als Verteidigungskrieg, aus dem die Waffenniederlage des Heeres und des deutschen Volkes unbestreitbar hervorgegangen sei, das Streben nach Frieden der Wille, nach Versöhnung im Geiste der Gerechtigkeit und nach einem dauernden Frieden, der aber nur eintreten könne, wenn uns keine entehrenden, die nationalen Lebensbedingungen verkümmern den Bedingungen zugemutet würden. Er betonte ferner die Reichstreue Bayerns und das unverrückbare Festhalten an der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches. Schließlich kündigte der Ministerpräsident einen Gesandtschaftsbesuch über die Neugestaltung der Reichskammer an und erklärte die Bereitwilligkeit der bayrischen Regierung, mit den Kammern zu erörtern, in welcher Weise unter Berücksichtigung der bayrischen Verhältnisse die Mitglieder der Volksvertretung zu den Regierungsgeschäften herangezogen werden können.

Das Friedensprogramm Wilsons.

Der Ministerpräsident führte weiter aus, niemand werde verkennen, daß das Friedensprogramm Wilsons für weite Kreise den Weg zeigt auf Wunsche und Hoffnungen bedeute, aber der entscheidende Gedanke müsse bleiben, daß das deutsche Volk in diesem Existenzkampf fast gegen die ganze Welt den Kampf führe, wonach wir auch allein unsere Kriegsziele bemessen dürfen. Diesen Verteidigungskampf aber habe Deutschland in Ehren bestanden. Noch ist es nicht entschieden, ob der von der Reichsleitung unternommene Schritt wirklich den Frieden bringen werde, der uns unser Leben läßt, denn nicht jeden Frieden werden wir annehmen. Ein Frieden, der uns als Volk zerstören würde, der unser Zusammengehörigkeit und unseren wirtschaftlichen Bedingungen das Leben raube, wäre nicht zu ertragen, er müßte die letzten Kräfte zur Entscheidung wachrufen. Deutschland hat sich nunmehr auf den Boden des Programms Wilsons gestellt, aber in der Erwartung, daß die dort aufgestellten Grundsätze nach allen Seiten gerechte Anwendung finden werden. Unwürdige, demütigende Zumutungen wären mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar. Die weitgehenden Zugeständnisse Deutschlands sind in der Erwartung gemacht, daß der Friede ein Friede der Völkerverständigung, getragen vom Geiste der Gerechtigkeit und ein dauernder Friede sein werde. Würden uns nun Bedingungen zugemutet, die in entehrender Weise unsere nationalen Lebensbedingungen zu verkümmern drohen, dann würde ein neuer Sturm der Entrüstung sich im ganzen Reich erheben. Das deutsche Volk und das deutsche Volk seien nicht so gerührt, daß sie sich gegen eine Vergewaltigung nicht mehr zu wehren vermöchten. Die ganze Nation würde einig sein in dem Willen, das Vaterland vor Schande und vor Untergang bis zum äußersten zu verteidigen.

Bayern und das Reich.

Der Ministerpräsident kam dann auf das Verhältnis Bayerns zum Reich zu sprechen und betonte, daß Bayern mit voller Ueberzeugung dem Reich angehöre. Manche unlegbaren Mißstände müßten verschwinden vor der Größe des geschichtlichen Augenblicks. Der Ruf an unsere Reichstreue hat in Bayern immer Verständnis gefunden, was aber nicht hindern kann, die Wünsche zu bekämpfen. Bezüglich der Zentralisierung in Berlin seien, soweit möglich, wieder normale Wirtschaftsbeziehungen herzustellen und die bundesstaatliche Selbständigkeit auf allen Verwaltungsebenen zurückzuführen. Aber bei der Behandlung dieser Fragen sei Einigkeit und zielbewusste Besonnenheit das Gebot der Stunde. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die Machenschaften, die Zweifel und Mißstimmung im Volke erregen, die öffentliche Meinung vergiften und das monarchische Gefühl zu untergraben suchen. Solche Machenschaften könnten nur dazu führen, Land und Volk ins Verderben zu führen. Gnade und Verzeihen...

Höchste Pflicht jedes Staatsbürgers sei es, departige Versuche, Zwietracht im Lande zu säen, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Bei dem gesunden Geist des Volkes sei nicht zu befürchten, daß das monarchische Empfinden leicht, in der Stunde der Gefahr, wankend werde.

Die innerpolitischen Vorgänge.

Sodann besprach der Ministerpräsident die jüngsten innerpolitischen Vorgänge im Reich, betonte die nunmehr geschaffene Neuordnung, die sich der zielbewußten vertrauensvollen Mitarbeit der Bundesstaaten versichert halten könne unter der Voraussetzung, daß nichts geschieht, was dazu dienen könnte, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu beeinträchtigen. Er warte man aber auch, daß die aus dem Reichstag in die Regierung berufene Vertretung des deutschen Volkes der im Stammesbewußtsein wurzelnden Auffassung Rechnung trage, die ein geschlossenes, kraftvolles Auftreten nach außen unter zielbewußter Führung fordere, aber auch künftig die Berücksichtigung der Eigenart und Selbständigkeit der deutschen Stämme in inneren Angelegenheiten in dem durch die Reichsverfassung und Bundesverträge gewährleisteten Umfange gewahrt wissen will. Wir lassen nicht an den Grundfragen rütteln des vom Schöpfer kunstvoll gefügten Gebäudes, der bundesstaatlichen Verfassung, denn wir wollen und müssen das Reich erhalten, zu dem die Bundesstaaten treu stehen. Wir sind ein Volk, einig wollen wir handeln!

Der Reichstag und die Wilson-Note.

Die Stellungnahme der Reichstagsparteien zur neuen Note Wilsons ist in ihren Grundzügen bereits in den vorgestrigen Fraktionsitzungen festgelegt. Informationen lassen annehmen, daß die Mehrheitsparteien entschlossen sind, den Weg zu einer Verständigung zwischen der scharfen Forderung Wilsons und den nationalen Lebensinteressen zu suchen. Die Fraktionsberatungen werden fortgesetzt werden. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß eine entgegenkommende Antwort auch diesmal nach Washington geht.

Ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler.

Für die nächste Reichstagsitzung ist ein Antrag eingegangen, der dem Reichskanzler das Vertrauen ausspricht.

Die Bedingungen für den Waffenstillstand.

Der „Frankf. Ztg.“ wird berichtet: Der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdam. Cour.“ meldet aus London: Eine der Bedingungen der Militären für den Waffenstillstand werde sein, daß die Deutschen sich hinter den Rhein zurückziehen und die hauptsächlichsten Brückenköpfe des Rheins von den Alliierten besetzt werden. (1)

Die Wirkung der Wilsonnote im Reich.

In Hamburg herrscht allgemeine Entrüstung über Wilsons Note. Die Presse ist einstimmig in der Zurückweisung der Zumutungen des amerikanischen Präsidenten. Das Hamburger Fremdenblatt schreibt: Auf Gnade und Ungnade Deutschland dem Präsidenten zu unterwerfen, das war nicht die Meinung des deutschen Friedensangebots. Die gegenwärtige militärische Uebermacht der Feinde wird nicht bestritten.

Im sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ heißt es: Wollen die europäischen Westmächte die Beendigung des ungeheuerlichen Blutvergießens abhängig machen von der militärischen Lage, so tun sie das, was sie Deutschland vorwerfen. Sie setzen Macht vor Recht. Das deutsche Volk hat an seinem Teil getan, was an ihm war. Mögen nun die Völker auf der Gegenseite auch das Ihrige tun.

Der Hamburgische Korrespondent schreibt u. a.: Wilson kommt mit neuen Forderungen, da er uns seinen ersten Befehlen gegenüber gehorsam gesehen hat. Er will, daß wir den Reich der Erniedrigung bis zur Keige leeren sollen. Und nicht genug mit der Aufhebung der deutschen Volksteile gegeneinander, verheißt der Schlußsatz der Lansing-Note eine Sonderantwort an Oesterreich-Ungarn. Mit welcher anderen Tendenz kann und wird diese Note erfüllt sein, als mit der, den ermattenden Bundesgenossen von unserer Seite zu sprengen?

Stimmung des deutschen Arbeiter-Kongresses. Der Ausschuß des deutschen Arbeiter-Kongresses, geleitet von Behrens, Stegerwald und Besch, erließ einen Aufruf, in dem es heißt: „In schicksalsschwerer Stunde wenden wir uns an unsere Anhänger und Freunde an der Front und in der Heimat. Unendlich viel hängt jetzt von Eurem Verhalten ab. Das deutsche Volk bekommt in mehrfacher Hinsicht einen anderen Frieden, als es sich ihn vorstellte. Der Augenblick ist aber nicht geeignet, Schuldfragen aufzuwerfen, weil sie die verschiedenen Stände und Volksschichten entzweit würden. Die Stunde erfordert aber größtmögliche Geschlossenheit nach innen und außen. Ihr Streiter an der Front! Unsere Hoffnungen auf einen guten Ausgang der eingeleiteten Friedensbemühungen gründen sich auf Euren Heldennut. Wir gebeten Eurer beispiellosen Taten auf allen Schlachtfeldern. Auch verstanden wir, daß unsere Heimatbede von der Verheerungen des Krieges verschont geblieben ist. In diesem schicksalsschweren Augenblick gilt es mehr denn je, die lebendige Mauer, die Ihr vier Jahre mit Euren Leibern gebildet habt, aufrecht zu erhalten, damit nicht die Feinde den heiligen Boden des Vaterlandes überfluten. Wir können nicht zulassen, daß noch in letzter Stunde die fürchterliche Schwere des Krieges über Heimat und Herz jermalmend hinweggehe. Ihr in der Heimat! Zahllos habt Ihr die größten Entbehrungen und Opfer auf Euch genommen. Wohin immer die Stunde der Not Euch rief, habt Ihr das Beste aufgegeben, um für unsere Kämpfer an der Front durch Eure Arbeit die starke Stütze zu sein. Mehr als je gilt es jetzt, nicht zu erlahmen, sondern bis zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens mit doppelter Kraft einzustehen für Pflichterfüllung und Hingabe bis zum letzten Atemzug!“

Washington-Hoffnungen. Nach einem Londoner Reutersbericht erklärte der frühere serbische Ministerpräsident Pašić einem Vertreter der Reuters-Agentur, er halte einen nahen Frieden nicht für wahrscheinlich. Immerhin sei es möglich, daß er vor Weihnachten geschlossen werde. Es sei ganz sicher, daß Deutschland früher oder später die Bedingungen des Friedens annehmen müsse, und daß es sich die Schrecken eines neuen Winterfeldzuges ersparen könne, wenn es sofort sein Einverständnis mit allen Bedingungen Wilsons erkläre. Die Dynastie der Habsburger müsse aus dem letzten Reich. Alle Völker des österreichischen Reiches seien entschlossen, sich vom Joch Oesterreichs zu befreien. Während Deutschland sich auf die Forderungen und Vorkommen absetzen und sich in seine ethnographischen Grenzen zurückziehen müsse, werde Rumänien und Kroaten von der österreichischen Herrschaft befreit, um mit den Serben einen großserbischen Staat zu bilden. Die Rumänen in Oesterreich-Ungarn würden sich ihrem rumänischen Vaterland anschließen. Oesterreichisch-Polen wird zu Polen kommen. Die Tschechen werden ein unabhängiges Böhmen besitzen, und es werden der Dynastie der Habsburger nur einige deutsche und deutschfreundliche Oesterreicher verbleiben.

Luxemburg wandelt sich an Wilson.

Die „Neue Basler Korrespondenz“ meldet aus Luxemburg: Die luxemburgische Abgeordnetenkammer und die Regierung haben bei Wilson das Ersuchen gestellt, zugunsten Luxemburgs einzuschreiten und die Räumung seines Gebietes durch die deutschen Truppen zu fordern.

Die öffentliche Meinung in England und Amerika.

Wie „Allgemeines Handelsblatt“ aus London erzählt, kann bereits jetzt gesagt werden, daß die Antwort des Präsidenten Wilson der allgemeinen Erwartung der englischen Presse entspricht und der Ausdruck der vorherrschenden Meinung aller Stände in Großbritannien und Amerika ist.

Friedenskundgebungen in Südfrankreich.

In Lyon, Marseille und anderen südfrensischen Städten fanden am letzten Sonntag Friedenskundgebungen statt. In Lyon forderte der Präsident der Gewerkschaften zu einem vollständigen Sympathiestreik für nächsten Sonntag auf als Demonstration für einen Völkerverfrieden.